

**Rede  
der Sprecherin für Frauenpolitik**

**Dr. Thela Wernstedt, MdL**

zu TOP Nr. 23

Abschließende Beratung

**Kein Sexkaufverbot nach Nordischem Modell -  
Betroffenen helfen und nicht in die Illegalität  
abschieben - Prostitutionsberatung stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8707

während der Plenarsitzung vom 07.07.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In regelmäßigen Abständen befassen wir uns mit dem Thema Prostitution und den vielen Frage- und Problemstellungen, die damit einhergehen - jüngst durch den Antrag der FDP-Fraktion. Wir haben in der Tat eine sehr anregende Debatte zur Einbringung geführt. Insgesamt werden auch aus unserer Sicht vernünftige, interessante und gute Gedanken formuliert.

Durch die Unterrichtung durch die Landesregierung im Sozialausschuss vor einiger Zeit haben wir erfahren - für die Kollegin Schütz nicht genug, für uns durchaus erfreulich -, wie viele Projekte und Unterprojekte bereits vom Land gefördert werden. Der Verein Phoenix hier in Hannover, auf den die meisten dieser Dinge in Niedersachsen zurückgehen, hat uns in einer Stellungnahme vor relativ kurzer Zeit bestätigt, wie viele sehr angepasste Projekte von ihm initiiert wurden und auch weiterhin laufen.

Es gibt nicht nur das Projekt „La Strada“, das seit vielen Jahren läuft und in dem drogengebrauchende Frauen spezielle Ansprechformen erfahren, sondern auch das Café Nachtschicht - allerdings hier in Hannover, nicht flächendeckend ausgerollt -, um den Frauen, Männern und Transpersonen auf dem Straßenstrich Hannovers eine Ansprechstelle zu bieten. Das ist eine Kooperation der Stadt Hannover mit Phoenix und „La Strada“.

Es gibt auch - die Kollegin Schütz hat es angesprochen - ein Modellprojekt zur Stärkung der Integration von migrierten Sexarbeiterinnen, die gerade durch die Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes in den letzten Jahren sehr verstärkt nach Deutschland gekommen sind. Das ist eine aufsuchende Arbeit wie auch die anderen. Die Mitarbeiterinnen von Phoenix sehen es als den wesentlichen Zweig der Arbeit mit den Prostituierten, Informationen und Hilfe direkt zu ihnen zu transportieren und nicht darauf zu warten, dass Prostituierte in die Ansprechstellen kommen.

Sie haben dabei u. a. die Erfahrung gemacht, dass digitale Angebote - so gut die Idee grundsätzlich ist, dass Frauen, die unter Umständen in Lovemobilen oder Ähnlichem sitzen, digital ansprechbar sind - von Analphabetinnen, die diesem „Beruf“ aus purer Not nachgehen, nicht in Anspruch genommen werden können. Insofern ist die direkte Ansprache von Mensch zu Mensch wichtig. Das leistet Phoenix.

Es gibt außerdem ein drittmittelfinanziertes Projekt, damit in der Prostitution arbeitende Frauen, Männer und Transpersonen überhaupt erst einmal die deutsche Sprache lernen können. Dieses Projekt läuft, aber hier muss sicherlich die Frage der Anschlussfinanzierung noch einmal diskutiert werden.

In Bezug auf die wichtige Frage der Krankenversorgung, die in dem FDP-Antrag auch angesprochen wird, weist der Verein Phoenix mit seiner vielen Erfahrung zu Recht darauf hin, dass diese Fragen sehr differenziert sind, sehr von Individuum zu Individuum differieren können, sodass man nicht mit einem Projekt oder einer Idee die Frage der Krankenversicherung sozusagen erschlagen kann und diese von ganz vielen Bedingungen des Einzelfalls abhängig ist.

Das nur als kurzer Umriss, um zu verdeutlichen, dass die Fragestellung und die Probleme, die mit Prostitution einhergehen, an keiner Stelle kleingeredet werden sollen.

Wir als SPD-Fraktion hängen nach wie vor mehrheitlich der Meinung an, dass ein Sexkaufverbot keine gute Idee ist.

Gleichwohl gibt es auch in unserer Fraktion Stimmen, die Sympathien für das Nordische Modell haben. Ich hatte schon in der Eingangsdebatte gesagt, dass es Volksparteien ausmacht, dass in ihnen ein breites Meinungsspektrum vorhanden ist, und dass das Thema mit Blick auf wechselnde Lebensbedingungen immer wieder neu diskutiert werden muss.

Nach wie vor stehen wir aber mehrheitlich dahinter, dass wir kein Sexkaufverbot haben wollen, weil wir trotz aller Entwicklungen denken, dass es eine gute Sache ist, in einem Hellfeld zu arbeiten, und die Prostituierten eben nicht in ein Dunkelfeld abzudrängen, wo sie nicht beraten werden können und wo keine Unterstützung gewährleistet werden kann, weil es das ja eigentlich gar nicht geben darf.

Insofern werden wir weiterhin im engen Kontakt mit Phoenix bleiben und werden das auch weiterhin eng begleiten. Wir sehen aber keinen grundlegenden Änderungsbedarf in der sehr guten Arbeit, die Phoenix und die ganzen Mitarbeiterinnen - auch in den Unterprojekten - machen. Insofern lehnen wir den Antrag ab. Das bedeutet aber nicht, dass wir das Sexkaufverbot hier generell einführen wollen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.